Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1796**

19. Wahlperiode 19.04.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Renata Alt, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg, Britta Dassler, Bijan Djir-Sarai, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Link, Oliver Luksic, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Dr. Stefan Ruppert, Christian Sauter, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Linda Teuteberg, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Bilanz der Polenpolitik der Bundesregierung in der 18. Wahlperiode

Den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Polen kommt sowohl innerhalb der Europäischen Union mit Blick auf die Politik gegenüber den östlichen EU-Nachbarn als auch in den drei angrenzenden Bundesländern sowie den grenznahen Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung zu. Im Land Brandenburg haben die Beziehungen zum Nachbarn Verfassungsrang.

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung wurde im Jahr 2009 die Stelle eines Polenkoordinators im Außenministerium geschaffen. Eine Stelle, die bis ins Jahr 2013 von der Staatsministerin und heutigen Generalkonsulin in Danzig, Cornelia Pieper, und seither von dem Ministerpräsident des Landes Brandenburg Dr. Dietmar Woidke ausgeübt wurde.

So gut die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern seit dem Beitritt Polens zur EU am 1. Mai 2004 waren, so ambivalent war das Miteinander besonders während der zurückliegenden drei Jahre. Der Regierungswechsel in Warschau im Herbst 2015, aber auch europapolitische Entscheidungen wie die Öffnung der europäischen Außengrenzen im September 2015 oder der Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 haben die Beziehung Deutschlands und Polens zueinander auf die Probe gestellt.

Die Bildung der neuen Bundesregierung gibt die Möglichkeit, eine Bilanz der Polenpolitik der vorherigen Bundesregierung zu ziehen und die zukünftige Strategie und Zielstellung in den Beziehungen zu Polen in den Blick zu nehmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Zur Strategie und Zielsetzung der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Polen

1. Welche Strategie und Zielsetzung für die Zusammenarbeit mit Polen hat die Bundesregierung zu Beginn der 18. Wahlperiode in Bezug auf

   a) die bilateralen Beziehungen und

   b) gemeinsame Initiativen innerhalb der Europäischen Union definiert?

2. Welche bilateralen Projekte wurden in der 18. Wahlperiode begonnen, fortgeführt und abgeschlossen?

3. Welche gemeinsamen Initiativen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung auf EU-Ebene erarbeitet, eingebracht und umgesetzt?

4. Abzielend auf die Fragen 2 und 3: Wie bewertet die Bundesregierung jeweils die Ergebnisse?

5. Welches waren aus Sicht der Bundesregierung während der 18. Wahlperiode die zentralen Herausforderungen in der Zusammenarbeit beider Länder, und wie wurde diesen begegnet?

6. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen seit dem dortigen Regierungswechsel im November 2015?

7. Welche Auswirkungen hatte der Regierungswechsel in Polen auf die Definition gemeinsamer Interessen und Ziele?

8. Welche Konsequenzen aus der Bilanz der 18. Wahlperiode zieht die Bundesregierung für ihre Strategie und Zielsetzung der Zusammenarbeit mit Polen in der 19. Wahlperiode?

II. Zur Ausübung des Amtes des Polenkoordinators der Bundesregierung

9. Welche Ziele für die Ausübung des Amtes des Polenkoordinators der Bundesregierung wurden für die 18. Wahlperiode definiert?

10. Welche Überlegungen lagen der Entscheidung zu Grunde, die Position der/des Polenbeauftragten der Bundesregierung mit Beginn der 18. Wahlperiode nicht mehr auf Staatssekretärsebene anzusiedeln?

11. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das Amt des Polenkoordinators seit seinem Bestehen der Bedeutung der bilateralen und innereuropäischen Beziehungen beider Länder in den Wahlperioden 17 und 18 angemessen ausgeübt wurde?

12. Mit welcher Zielsetzung wird das Amt des Polenkoordinators in der 19. Wahlperiode ausgeübt?

    Unterscheidet sich der Auftrag von den Vorgaben in der 18. Wahlperiode?

Berlin, den 17. April 2018

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333